Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.35 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 9. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 11. Januar 1933. | 15. Jahrgang.

Wer wie ein Kind genießt den Tag,
Hat keinen zu bereuen,
Und kann sich, was auch kommen mag,
Auf etwas Neues freuen.

Rückert.

Japans Aufstieg und Stellung als Weltmacht in Ostasien.

Von Heinz Manthe/Düren.

Die trotz aller Einsprüche des Völkerbundes wieder aufgenommene Kampftätigkeit der Japaner gegen das durch unendlichen Bürgerkrieg zermürbte China hat vor einigen Tagen zur Einnahme der Stadt Schanghaikwan geführt, die recht nahe bei Peking gelegen ist und eine starke Seitendeckung für die weit in den Golf von Petschuli vorgeschobene Stadt Dairen bedeutet. Mit der Eroberung Schanghaikwans hat Japan deutlich offenbart, daß es nicht gewillt ist, seine durch die Besetzung der Mandschurei und ihre Einrichtung als „selbständiges" Reich gewonnene Festlandstellung wieder aufzugeben. Trotz Rußland, England und der Union baut Japan zielbewußt seine Vormachtstellung in Ostasien mehr und mehr aus. Das sind die Aeußerungen einer Weltpolitik, die das Inselreich seit Beginn des Weltkrieges betreiben konnte.

In raschem Aufstieg hat Japan sich vor dem Weltkriege in kaum zwei Menschenaltern in Ostasien eine ausschlaggebende Stellung zu verschaffen gewußt. Daß sie nicht noch mächtiger wurde, war nur durch mehrfache Einsprüche der Großmächte veranlaßt worden, die damit Japan an der Ausnutzung seiner Siege über China und Rußland hinderten. Im Bestreben, überall dabei zu sein — auch wo es die Klugheit gebot, sich zurückzuhalten! — hat sich auch Deutschland an solcher Politik beteiligt: Dafür bekam es 1914 von Japan prompt die Quittung. Das Ultimatum Japans vom 20. August 1914 entsprach fast wörtlich dem 1895 von Deutschland mit unterzeichneten Ultimatum, das Japan um den Preis seines Krieges mit China, die Halbinsel Liaotung brachte!.

Nachdem 1914 als erste Frucht des Weltkrieges den Japanern Kiautschou neben den deutschen Südseeinseln zugefallen war, begann es seinen Einfluß in China lebhaft geltend zu machen. Das war um so leichter, als die europäischen Mächte durch den Krieg abgelenkt waren. Durch den 1915 den Chinesen aufgezwungenen Vertrag setzte sich Japan in der südlichen Mandschurei fest und bekam die chinesische Waffeninduſtrie und den Bergbau in seine Hände. Daß die gesamte Verwaltung und Gendarmerie japanisch wurden, konnten die Engländer noch gerade verhindern. Das hätte das japanische Protektorat über China bedeutet — vielleicht auch das Ende des Bürgerkrieges! Rußlands Schwierigkeiten nutzte Japan dann 1916 kurz vor der Revolution zu einem Vertrag aus, der Rußlands Verzicht auf die chinesischen Interessengebiete und wirtschaftlichen Vorrechte in Ostsibirien und Nordsachalin brachte. Dazu begann ein großes Waffengeschäft mit Rußland, das eine gewaltige Blüte der japanischen Industrie mit sich führte. 1917 gelang es der japanischen Außenpolitik von der Union das Zugeständnis zu erlangen, daß Japan in China ganz besondere Interessen habe. Oeffentlich riefen die Japaner sogar in der Union die Losung aus: „Ostasien den Japanern!"

Das Jahr 1917 bedeutete den Gipfelpunkt in den Weltmachtbestrebungen der Japaner. Damals strömte russisches Gold in Massen in das Inselreich; die Union trat in den europäischen Krieg ein und verlor den Pazifik aus den Augen: die amerikanischen, die englischen, die französischen und deutschen Schiffe waren aus den östlichen Meeren ganz oder größtenteils verschwunden und Japans Sonnenflagge beherrschte mehr und mehr die ganze Schiffahrt zwischen Asien und Amerika. Japans Handel stieg ungeheuer; von 1914—1918 hat er sich von 2 auf 6,5 Milliarden gehoben! Aber schon kam der Rückschlag. Rußland brach zusammen, und damit hörte das Rüstungsgeschäft jählings auf; viele hundert Millionen waren damit in den überflüssigen Fabrikanlagen verloren. Das bolschewistische Regiment in Rußland zeigte sich bald als durchaus japanfeindlich und betrieb eine stark asiatisch und vor allem ostasiatisch gerichtete Politik. Und nun brachte das Jahr 1918 den japanischen Weltpolitikern die größte Enttäuschung: Wider ihre Hoffnungen siegten die alliierten Mächte, und damit kehrt in verstärktem Maße der Wettbewerb Englands und vor allem der Union in Ostasien wieder! Wieder wurde Japan um die Früchte seines Sieges gebracht. Die Union ratifizierte die Friedensverträge nicht, wobei auch ihre Unzufriedenheit über die Festsetzung der Japaner in China mitsprach. Das war für England ein starker Antrieb, Japan wieder aus China zu verdrängen. Tatsächlich mußte es 1923 die Halbinsel Schantung mit Kiautschou an China zurückgeben. Es blieben ihm als Mandatsgebiete nur die deutschen Südseeinseln nördlich des Aequators. Das gewaltige Erdbeben hat dann auf Jahre hinaus die Kraft Japans furchtbar gelähmt und es in seiner Entwicklung weit zurückgeworfen.

Aber für Japan gibt es keinen Verzicht auf seine Machtstellung in Ostasien. Es braucht Land für seine Millionen überschüssiger Bevölkerung, es will Absatzgebiete für seine Industrie, es will auch auf Grund seiner Lage vor den Toren Ostasiens Weltmachtstellung im Pazifik. Die Ereignisse des letzten Jahres haben gezeigt, mit welcher Zähigkeit es all seinen Zielen nachgeht. Der japanische Druck in ganz Ostasien ist stärker denn je. Die Inseln der Südsee sind zum Teil bereits überfüllt von japanischen Siedlern; mit wachsender Begehrlichkeit schaut Japan nach den leeren Landräumen des australischen Festlandes und bereitet damit dem britischen Dominion und dem Mutterlande schwerste Zukunftssorgen. Die Gruppe der Philippineninseln ist völlig von japanischen Inseln umschlossen; die Bevölkerung der Inseln wird stärker und stärker mit Japanern durchsetzt. Die Union sieht ihre Vorfestung an der Küste Ostasiens umbrandet von der japanischen Völkerflut. Und während Rußland im Innern aufbauen muß, China im Bürgerkrieg sich selbst zerfleischt und die Weltmächte an den schweren Folgen des Krieges kranken, dringt die japanische Macht in der Mandschurei Schritt für Schritt vor. Daß dieses Vordringen auf einem sehr gefährlichen Boden geschieht und zu ungeheuren Verwickelungen führen kann, wissen die Japaner sehr wohl. Sie wissen auch, daß sie über ihre Erwerbungen auch noch mit den anderen Mächten werden reden müssen. Das wird Zugeständnisse kosten! Daher suchen sie zu nehmen, was sie können, solange es noch Zeit ist. Man darf wohl anehmen, daß das Vordringen der Japaner in China noch nicht sein Ende erreicht hat. Die Mächte werden in Ostasien noch harte Nüsse zu knakken haben. Deutschland wird dann nicht dabei sein; und es wird daran gut tun. Es sollte gelernt haben, daß man sich in Ostasien durch schneidiges politisches Auftreten ohne zwingende Notwendigkeit nur Wohlwollen und damit wirtschaftliche Möglichkeiten verscherzen kann.

Ist jetzt nicht die Stunde der Erfüllung?

Herr Dr. Adolf Damaschke, der Vorsitzende des Bundes der Bodenreformer, hat sich mit einer Eingabe an den Herrn Reichspräsidenten gewandt, in der er die von ihm seit Jahrzehnten geforderte Preisregelung des Bodens zu Siedlungszwecken als die dringendste Aufgabe empfieht. Dieser Forderung hat sich im Einverständnis Damaschkes sein Bundesfreund, Vizeadmiral z. D. Oldekop, mit einer gleichen Denkschrift angeschlossen. Wir geben nachstehend Kenntnis von den beiden Eingaben und hoffen, daß nun endlich dieser Schritt von der Regierung getan wird, den nicht nur einige Millionen Anhänger der Bodenreform fordern, sondern auf den viele Tausende kleiner Leute warten, die durch die Kleingarten- und Nebenerwerbssiedelung eine größere Existenzsicherheit erhoffen. Die Schriftleitung.

Berlin NW 87, Lessingstr. 11.

Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

In Erwägung, daß die Milderung der Arbeitslosigkeit die vornehmste Aufgabe aller innerpolitischen Maßnahmen sein muß.

in Erwägung, daß von allen Mitteln dazu die Kleingartenbildung und die Nebenerwerbssiedlung sich am fruchtbarsten erwiesen haben (Reichskommissar Dr. Saaßen rechnet mit über 100 000 Familien, die schon bisher dadurch krisenfester werden konnten),

in Erwägung, daß die Durchführung jeder Siedlung abhängig ist von der Möglichkeit, wirklich billigen Boden für diesen Zweck zu gewinnen (Reichskommissar Dr. Saaßen weist in seinem Rechenschaftsbericht „auf die außerordentlichen Schwierigkeiten" hin, die schon jetzt seine Beschaffung verursachte),

in Erwägung, daß sich die Beschaffung billigen Bodens in dem Maße schwieriger gestalten muß, in dem der Boden der Gemeinden, Kirchen, Stiftungen, aufgebraucht wird —

bittet der unterzeichnete, von allen politischen Parteien unabhängige Bund Deutscher Bodenreformer, die entscheidenden Bestimmungen des Entwurfes eines Reichsstädtebaugesetzes nach den Beschlüssen der zweiten Lesung im Wohnungsausschuß des vorletzten Reichtages unverzüglich in Kraft zu setzen und demgemäß durch Notverordnung zu bestimmen:

Zur Durchführung des Artikels 155 der Reichsverfassung sind die Gemeinden verpflichtet, Land für Kleingärten und Wohnheimstätten zur Verfügung zu stellen.

Sollten zur Bodenbeschaffung Enteignungen nötig werden, so gilt als Entschädigungswert der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes (§ 56) ermittelte Steuerwert.

Grundstücke, die zu diesem Zweck enteignet worden sind, dürfen nur unter solchen dinglich wirkenden Sicherungen abgegeben werden, die eine mißbräuchliche Ausnutzung, insbesondere preissteigernder Art, dauernd ausschließen.

Der Bund Deutscher Bodenreformer.
J. A.: Adolf Damaschke,
Ehrendoktor der Theologie, der Rechte und der Medizin.

* * *

Denkschrift.

Der Herr Reichskanzler von Schleicher hat erfreulicherweise in seiner Rundfunkrede vom 15. 12. 32 das Wort „Arbeit schaffen" an die Spitze seines Wirtschaftsprogramms gesetzt. Er hat sich damit den schon vor ihm vom Reichskanzler Brüning in seiner Rede vom 28. 5. 32 getanen Ausspruch zu eigen gemacht, daß die größte Not, unter der das deutsche Volk gegenwärtig leidet, die Arbeitslosigkeit mit einem erschreckenden Geburtenrückgang sei und daß, wenn es nicht gelinge, sie zu überwinden, das deutsche Volk seinem wirtschaftlichen und sittlichen Zerfall mit Sicherheit entgegengehe, wie schon so manches hochstehende Kulturvolk vor ihm.

Der Reichskanzler bezeichnet mit Recht als wirksamstes Mittel, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, einmal die ländliche Siedlung namentlich im Osten des Reiches und zweitens die Errichtung von Erwerbslosensiedlungen, d. h. von Wohn- und Gartenheimstätten im Umkreis der Städte und Fabrikbezirke. Er nimmt damit den Faden auf, den schon vor ihm die Nationalversammlung bei Schaffung des Artikels 155 der Reichsverfassung gesponnen hatte und worin zum Ausdruck gebracht ist, daß jede deutsche Familie Anspruch hat auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte.

Damit aber auch diesem Ausspruch alsbald die Tat folge, schuf sie im Anschluß daran das „Reichsheimstättengesetz" vom 10. 5. 20. Es ist dies ein Rahmengesetz, das seine Ausführung und zwar in diesem Falle vor allem die Regelung der Enteignungs- und Entschädigungsfrage bei Erwerb von Grundstücken zu Siedlungszwecken, den Ländern übertrug. Dabei übersah sie, daß der Grundgedanke des genannten Verfassungsartikels: die Versorgung der besitzlosen Menschen mit einem Stück Land zu unveräußerlichem Eigentum, gegen die im BGB. niedergelegte Rechtsordnung des Privateigentums am Grund und Boden (Kapitalismus) verstößt und der entgegengesetzten Rechtsanschauung, der Rechtsanschauung des Gemeineigentums (Sozialismus) einen gewissen Einfluß einräumt.

Um daher den offenbar wichtigsten Punkt des ganzen Gesetzes: die Regelung des Erwerbs von Grund und Boden zu Siedlungszwecken klar herauszustellen u. zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, hätte es seitens der Regierung anstatt eines Rahmengesetzes, eines das ganze Reich umfassenden Gesetzes bedurft, und dieses um so mehr, als das in dieser Hinsicht entscheidende preußische Enteignungsgesetz vom 11. 6. 74 noch immer zu Recht besteht, das bei Enteignung von Land zu öffentlichen Zwekken volle Entschädigung seines Wertes, also auch seines spekulativ gesteigerten Wertes, vorsieht. Da aber „billiger" Boden die Voraussetzung alles Siedelns ist, so würde dieses Versäumnis den Erfolg des ganzen Gesetzes in Frage gestellt haben.

Die Nationalversammlung erkannte doch noch rechtzeitig den begangenen Fehler und beauftragte in einer Entschließung vom 29. 4. 20 die Reichsregierung, „dem Reichstage umgehend einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation und sozialen Ausgestaltung des Enteignungsrechtes in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch die Beschaffung „billigen" Bodens erleichtert, sowie ferner, daß „die für Siedlungs- und Heimstättenwesen bestehende Zentralstelle zu einem „Reichsheimstättenamt" ausgebaut werde."

In Verfolg dieser Entschließung berief die Reichsregierung unter der Bezeichnung „Ständiger Beirat für Siedlungswesen beim Reichsarbeitsministerium" einen Ausschuß mit dem Auftrage, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Dieser wurde noch im laufenden

Jahre der Regierung unter der später angenommenen Bezeichnung „Entwurf zu einem Wohnheimstättengesetz vom 17. 9. 28" vorgelegt, wurde indessen nicht, wie vorgesehen, dem Reichstag zugeleitet und hat auch infolgedessen bis heute, trotz zweimaliger Aufforderung seitens des Reichstages keine Erledigung gefunden.

Der Entwurf räumt den Gemeinden, als den berufenen Trägern des Siedlungs- und Heimstättengedankens, ein Vorkaufs- und Enteignungsrecht an dem unbebauten, zu Siedlungszwecken geeigneten Boden des Gemeindebezirkes ein, und zwar zu einem Preise, der dem nach dem „Reichsbewertungsgesetz vom 25. 5. 31" festgesetzten Einheits- oder Steuerwert des Grundstücks entspricht. Hier nach konnte die Entschädigungsfrage nach dem Grundsatz, daß der Steuerwert gleich dem Entschädigungswert ist, als geregelt angesehen werden.

Es hätte nunmehr seitens der Reichsregierung nur noch bedurft, den so gestalteten Entwurf zum Gesetz zu erheben, um bei Ausschaltung der Bodenspekulation dem Siedlungs- und Heimstättengedanken im weitesten Umfange freie Bahn zu schaffen. Wenn dies, wie vorhin erwähnt, nicht geschah, so kann hierfür kein anderer Grund gefunden werden, als daß keine der Regierungen den moralischen Mut aufbrachte, den völlig willkürlichen und unberechtigten Forderungen des Privateigentumsrechts an Grund und Boden den nötigen Widerstand entgegenzusetzen. —

Um indessen die Frage von der Tagesordnung nicht verschwinden zu lassen, brachten die SPD und der Christlich-soziale Volksdienst im Herbst vergangenen Jahres den „Entwurf zu einem Wohnheimstättengesetz", jeder für sich, als Initiativantrag im Reichstag ein. Dieser überwies sie, in Verbindung mit dem „Entwurf zu einem ‚Reichsstädtebaugesetz'", seinem Wohnungsausschuß zur Beratung. Dieser beschloß, in Abänderung des § 85 dieses Entwurfes, in zweiter Lesung, daß die Enteignung von Land zu öffentlichen Zwecken einheitlich nach dem Gemeinen- oder Verkaufswerte" im Sinne des § 59 des Reichsbewertungsgesetzes zu erfolgen habe.

Erhält dieser Beschluß in der Folge Gesetzeskraft: daß der Grund und Boden durchweg nach dem „Gemeinenwert" und nicht, wie dies im Reichsbewertungsgesetz teilweise noch vorgesehen ist, auch nach dem „Ertragswert" beurteilt wird, so enthält die Abschätzung des Grundbesitzes in Deutschland damit einen einheitlichen, allen Bedürfnissen entsprechenden Maßstab, der das „Wohnheimstättengesetz" zu einem untrüglichen „Reichsenteignungsgesetz" zu gestalten und damit die Verheißungen des Artikels 155 der Verfassung wie auch des Reichskanzlers in lebendige Wirklichkeit zu überführen vermag.

Geschieht das nicht, wird für die Bewertung des Bodens nicht in dem „Gemeinenwert" ein einwandfreier Maßstab zugrunde gelegt, und dieser in ein zu schaffendes Reichsenteignungsgesetz (Wohnheimstättengesetz) eingefügt, so wird bei unvermeidlich einsetzender Nachfrage nach Boden aus Privatbesitz, namentlich für Kleinsiedlungen im Umkreis der Städte, die Bodenspekulation die schon jetzt weit überteuerten Bodenpreise weiter in die Höhe treiben und jeder gesunden Heimstätten- und Siedlungspolitik ein unüberwindliches Hemmnis entgegensetzen. Die Literatur der Bodenreform zeigt diese Vorgänge in einer Fülle von Beispielen aus allen Teilen des Reiches bis in die neueste Zeit.

In gleicher Weise, wie eine großzügige Heimstätten- und Siedlungspolitik bislang stets an der Ueberteurung der Bodenpreise scheiterte, werden auch jetzt die besten und reinsten Absichten der Regierung zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht die entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Wird dabei aber auf den Boden der Gemeinden und öffentlichen Körperschaften verwiesen, so ist wohl zu bedenken, daß, abgesehen davon, daß dieser auch nicht annähernd dem auftretenden Bedürfnis genügen wird, die Verminderung des Gemeineigentums eine preissteigernde Wirkung auf den privaten Grundbesitz ausübt. —

Aus Vorstehendem geht hervor, daß die Absicht des Reichskanzlers, die Arbeitslosigkeit durch ein großangelegtes Siedlungs- und Heimstättenwerk wirksam zu bekämpfen, sich nur dann verwirklichen läßt, wenn zuvor ein „Reichsenteignungsgesetz" geschaffen wird, dem als Bewertungsmaßstab für die Abschätzung von Boden ein einheitlicher, alle Rechtsbeziehungen des wirtschaftlichen Lebens, also auch den Steuerwert, umfassender Maßstab zugrunde gelegt ist. In dieser Hinsicht dürfte sich empfehlen: Dem **„Entwurf zu einem Wohnheimstättengesetz"**, im Sinne jedenfalls seines gegenwärtigen Wortlauts, durch **„Notverordnung" Gesetzeskraft zu verleihen mit der Maßgabe, daß bei eintretender Enteignung von Land zu Siedlungs- und Heimstättenzwecken der nach den Vorschriften des „Reichsbewertungsgesetzes" (§ 56) ermittelte Steuerwert als Entschädigungswert zu gelten** hat.

Der Steuerwert selbst aber bestimmt sich auf Grund des Mehrheitsbeschlusses im Wohnungsausschuß des Reichstages bei Beratung des § 86 des Reichsstädtebaugesetzes nach dem „Gemeinenwert" und nicht nach dem „Ertragswert".

gez. Oldekop.

Die Lage in Amerika.

Folgende Tatsachen zeigen doch recht deutlich, daß die bei uns noch übliche Meinung von dem reichen und gesättigten Amerika gründlich zu korrigieren ist. Es heißt im „Manchester Guardian" das Budget der verbündeten Staaten hat für das laufende Jahr ein Defizit, das offiziell mit 220 Millionen Pfund angegeben wird, wahrscheinlich aber noch viel größer ist. Dabei ist das Defizit, das seit Beginn der Depression sich angesammelt hat, schon mehr als 300 Millionen Pfund.

2. Die meisten Staaten und Städte sind in einer ähnlich verzweifelten Lage. Von den 10 größten amerikanischen Städten ist nur das Budget von St. Franzisco im Gleichgewicht; die anderen häufen riesige Defizits auf, und die Möglichkeit zu Anleihen ist erschöpft. Die Stadt Neuyork war kürzlich unfähig, eine Obligation von 40 Millionen Dollar auszuzahlen.

3. In den letzten 3 Jahren sind mehr als 4600 Banken bankerott gegangen mit Depositen von über 3 Milliarden Dollars, die zum größten Teil verloren sind.

4. Die innere Schuld der Vereinigten Staaten wird auf 200 Millionen Dollars geschätzt.

5. Seit der Depression sind die Steuern von 14 Prozent auf 23 Prozent des nationalen Einkommens gestiegen. Besonders die Arbeitslosen mit denen, die davon abhängen, zählen wenigstens 20 Millionen, und diejenigen die nur halb beschäftigt sind, zählen mehr als 15 Millionen. Alle diese empfangen keine Arbeitslosenversicherung und können nur durch öffentliche oder private Wohltätigkeit existieren. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen steht fest, daß eine große Zahl Menschen in Amerika während der letzten drei Jahre den Hungertod oder den Tod durch Obdachlosigkeit erlitten haben.

W..m.

Giftgas.

„Manchester Guardian" sagt zu diesem in der britischen Presse jetzt mehrfach besprochenen Thema folgendes: „Bei der Abrüstungskonferenz waren alle Länder wenigstens in bezug auf einen Vorschlag, nämlich den, das Giftgas abzuschaffen, ganz einig. Inzwischen haben aber dieselben Nationen so wenig Vertrauen zu einander, daß die Vorbereitung für den Gebrauch von Giftgas täglich energischer als jemals erfolgt. Soll man den Vertretern der Regierungen glauben, so sind diese Vorbereitungen natürlich nur zur „Verteidigung" gemeint. Nur Rußland, das wie gewöhnlich die feinere Sprechweise des internationalen guten Geschmacks verachtet, hat geradeaus versichert, daß die chemische Rüstung einen Teil seiner Armee bilde. Dadurch würden, wie Lord Hailsham im Oberhause neulich behauptet hat, alle anderen Länder gerechtfertigt, auch mit ihren Vorbereitungen vorzugehen. Solange, sagt er nämlich, als diese Abteilung der russischen Armee in Tätigkeit bleibt, muß das übrige Europa für die Drohung gerüstet sein, die darin verborgen liegt. Also die Drohung von Rußland her ist die Entscheidung für unsere eigene chemische Rüstungsabteilung und unsere kostspielige Giftgasuntersuchungsstation. (Time and Tide behauptet, daß eine einzige Giftgasfabrik in England ebensoviel koste wie der Beitrag Englands zum Völkerbund.) Ferner soll Rußlands Drohung der Grund sein für die Kriegsgasfabriken von Frankreich und von Amerika und für ähnliche Vorbereitungen in fast jedem Lande. Kein Land fürchtet also das Giftgas von seinen Nachbarn, nur von Rußland her kommt nach unserem Staatssekretär für den Krieg die Drohung." Ironisch meint „Manchester Guardian", Lord Hailsham könnte dies der „berittenen Marine" vorreden.

W..m.

Rhein, Ruhr und Memel

Zum 10. Jahrestag des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet.

Berlin, 10. Januar.

Wenn am Dienstagabend auf allen Bergen am Rhein und an der Ruhr mächtige Flammenstöße auflodern, dann jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem der heroische Abwehrkampf des deutschen Volkes gegen den Ruhreinbruch der französischen Machthaber seinen Anfang nahm. Am 10. Januar 1923, abends begann der Vormarsch der sechs französischen und belgischen Divisionen in der Stärke von 60 000 Mann, die „zum Schutze der Ingenieurkommission zur Beaufsichtigung des Kohlensyndikats" ins Ruhrgebiet entsandt wurden. Wissen wir heute überhaupt noch, in welcher Gefahr damals das Deutsche Reich schwebte, als es wider alles Völkerrecht, wider alle Verträge mitten im Frieden so brutal überfallen wurde?

Die Reparationskommission unseligen Angedenkens stellte im Januar 1923 mit allen gegen Englands Stimme fest, daß Deutschland in Holz- und Kohlenlieferungen „schuldhaft" im Rückstande geblieben sei. Dieses Urteil war eine grobe objektive und subjektive Ungerechtigkeit, denn unser Rückstand in Holzlieferungen betrug noch nicht einmal zwei Prozent der zu liefernden Mengen, und die Kohlenlieferungen konnten einfach wegen der maßlos übertriebenen Bedingungen nicht restlos durchgeführt werden. Die deutschen Lieferungen hatten den französischen Bedarf bereits wesentlich übertroffen, so daß die Franzosen Reparationskohlen ins Ausland lieferten. Die Franzosen jedoch suchten nur einen Vorwand um ihre machtpolitischen Forderungen, deren Erfüllung sie in Versailles noch nicht erreicht hatten, mit Gewalt durchzuführen, nämlich die vollkommene Zerstückelung Deutschlands und die Gründung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaates unter französischem Einfluß. So wurde die damals von dem dieser Tage verstorbenen Dr. Cuno neu gebildete Regierung mit ihren Vorschlägen zur Regelung der Reparationen gar nicht angehört. Ja, selbst ein englischer Vermittlungsvorschlag, der Deutschland schwerstens belastet hätte, wurde verworfen. Frankreich wollte Deutschland vielmehr auf die Knie zwingen und für alle Ewigkeit tributpflichtig machen.

So kam es zu den heuchlerischen Erklärungen in der Note Frankreichs und Belgiens über die Besetzung des Ruhrgebietes vom 10. Januar, in der es heißt: „Die französische Regierung legt Wert darauf, zu erklären, daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie sendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten, deren Zweck deutlich umschrieben ist. Sie läßt im Ruhrgebiet nur die zum Schutze ihrer Mission und zur Sicherung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. Weiter wurde

Bismarck — Ludendorff — Zeitwende.

Bismarck als Mensch, als Persönlichkeit wurde uns vor allem durch die Briefe an Braut u. Gattin nahegerückt, intimste Zeugnisse seines Lebens, die sein Sohn Herbert bald nach dem Tode des größten deutschen Staatsmannes veröffentlichte. Seitdem wurde zwar manche Quelle zur Geschichte seines öffentlichen Wirkens neu erschlossen, aber keine, die uns einen ebenso tiefen Einblick in sein Innenleben tun ließe, wie diese Briefe. Für alle, denen Bismarck noch etwas bedeutet, — und sein Name wird in der heutigen Zeit nationaler Not und Bedrückung wieder mit tieferer Verehrung genannt als in besseren Tagen — wird es deshalb ein Ereignis sein, daß der Bismarckforscher A. O. Meyer noch unbekannte Lebenszeugnisse Bismarcks aufgespürt hat, die sich an Wert für die Erkenntnis seines Menschentums getrost den Briefen an Braut und Gattin an die Seite stellen lassen. Der Enkel des Fürsten gewährte Prof. A. O. Meyer Einblick in Bismarcks Handexemplare der „Loosungen und Lehrtexte der Brüdergemeine", die Bismarck von 1864 bis zu seinem Tode— vor allem also auch in der Zeit seines Wirkens als führender Staatsmann — tagaus, tagein begleiteten, und die er nicht nur als Andachtsbuch, sondern auch als Haus- und Notizkalender benutzte. Die Notizen und Anstreichungen in ihnen bilden die denkbar lauterste Quelle für sein inneres Leben, weil Bismarck hier nur mit sich selbst und seinem Gotte Zwiesprache hält. Diese Quelle hat nun Prof. A. O. Meyer im Januarheft der „Zeitwende" (C. H. Beck, München) zum ersten Male der Oeffentlichkeit erschlossen; seine Darstellung gibt dem Leser ein tief ergreifendes Bild von der Gottverbundenheit und Demut des Mannes, in dessen Händen das Schicksal Europas lag.

Wie eine symbolische Gegenüberstellung mutet es an, wenn im gleichen Heft der „Zeitwende" Helmuth Schreiner in den scharf pointierten Ausführungen seines Beitrages „Das Rätsel des Hauses Ludendorff" die innere Haltung eines Mannes durchleuchtet, der in jüngster Vergangenheit führenden Einfluß auf das Geschick unseres Vaterlandes hatte. Bei Bismarck tiefes Gottvertrauen, erschütternde Demut — bei Ludendorff verbitterte Auflehnung gegen das Schicksal, dämonischer Haß gegen Gott. Diese Gegenüberstellung wirft ein grelles Schlaglicht auf den Schicksals- und Leidensweg unseres Volkes.

Ein Pädagoge, wie wir ihn brauchen!

In der Geschichte der Inneren Mission steht Johann Friedrich Oberlin als einer ihrer Begründer an erster Stelle, denn die evangelische Kinderpflege erblickt in ihm mit Recht ihren ersten Vorkämpfer und Organisator, und seine und seiner treuen Gehilfin, der Luise Scheppler, wundersame Arbeit an jenen geistlich und leiblich verkommenen Bewohnern des Steintals in den Vogesen ist weltbekannt und schon oft in dankbarer Anerkennnung beschrieben worden.

Wenn mit diesen Zeilen ein neues Buch über Oberlin der Beachtung empfohlen wird*), so geschieht es, weil die hierin behandelten Seiten seines Wesens und Wirkens wieder im Vordergrund der öffentlichen Aussprache stehen: die persönliche und gesellschaftliche Erziehung.

Die Verfasserin gibt kein „System" Oberlinscher Pädagogik — sein pädagogisches Handeln entsprang stets der augenblicklichen Situation —, sondern führt uns durch seine eigene Entwicklungszeit hin zu seinem Arbeitsfeld unter den Waldbauern; den umfangreichsten Abschnitt widmet sie Oberlins Werk unter der Jugend, um das Ganze mit seiner Würdigung als eines geistlichen Erziehers zu krönen.

Als Kind seiner Zeit trägt er Merkmale der geistigen Physiognomie des 18. Jahrhunderts: Die Aufklärung und die französische Revolution weckten in ihm den Sinn für Menschenwürde, der Herrnhutsche Pietismus, dem seine Mutter besonders nahestand, die Sorge um das Heil der Seelen.

Was ihn aber besonders zum Dienst am Nächsten befähigte, war seine hervorragende pädagogische Begabung. Und doch „erklären" Zeit und Umwelt, Veranlagung und Neigung die Gewalt seines Wirkens nicht, vielmehr „muß" er, ohne Theorie, ohne praktische Erfahrung, in die Arbeit hinein: er kam zu seinen Bauern, aus der Macht der Liebe ein Erzieher geworden, als Pfarrer, der sie zur Gemeinde formen mußte, als Seelsorger, weil er eine Rettung für die geängsteten Gemüter sah.

Er weiß um die kausale Verflochtenheit von wirtschaftlicher Not, geistiger Stumpfheit und sittlich religiöser Verkommenheit. Sein pädagogischer Standpunkt ist: „Gott hat mich zu seinem Soldaten berufen — ich muß marschieren." So werden ihm äußerliche Verbesserungen, zu deren Durchführunng er sich genötigt sieht, zur Erfüllung göttlicher Gebote: Ob es sich zum Anpflanzen von Obstbäumchen, Einrichten von Spinnstuben, genossenschaftlichen Organisationen zur wirtschaftlichen Hebung des armen Völkchens handelt: immer ist ihm das scheinbar nur Aeußerliche zugleich Dienst an Inwendigen!

Den stärksten erzieherischen Einfluß auf seine Pfarrkinder hat Oberlin wohl durch seine Arbeit an der Jugend ausgeübt. Durch sie weckt er ihre Aufmerksamkeit für körperliche Hygiene, mit ihnen bringt er Freude an der Natur, an Musik und bildender Kunst in die Elternhäuser; er pflegt alles, was den Menschen heben, seinen Geist veredeln kann. Das ist mehr als philantropisches Gefühl

*) Dr. Martha Buch: „Die pädagogischen und sozialpädagogischen Ideen Johann Friedrich Oberlins." 1932, bei J. Beltz, Langensalza.

von den Franzosen noch ausdrücklich betont, daß die Zivilbevölkerung „keinerlei Belästigungen" zu befürchten habe und was dergleichen schöne Worte mehr sind.

In Deutschland herrschte über das brutale und völkerrechtswidrige Vorgehen der Franzosen grimmige Empörung. Das deutsche Volk an Rhein und Ruhr, ohnmächtig gegen die Bedrücker irgendwie aktiv vorzugehen, schloß sich zu passivem Widerstand zusammen. Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat verlegte seinen Sitz von Essen nach Hamburg und machte durch Wegführung der Akten den Einblick in den Geschäftsbetrieb den Franzosen unmöglich. In den besetzten Fabriken und Zechen wurde gestreikt, die Finanzämter gaben keine Auskünfte, der Eisenbahnverkehr wurde lahmgelegt, die Reparationslieferungen eingestellt. Mit größter Brutalität suchten die Franzosen den Widerstand der Bevölkerung zu zerbrechen. Durch Ausweisungen versuchte man die deutsche Bevölkerung an Ruhr und Rhein führerlos zu machen. Der Belagerungszustand wurde erklärt, die Presse unterdrückt und die Verbindung mit dem unbesetzten Gebiet unterbrochen. Zu diesen Maßregeln kamen noch Gewalttaten der französisch-belgischen Soldateska gegenüber der Bevölkerung, aus denen das Blutbad in Essen, bei dem am 31. März 13 Kruppsche Arbeiter erschossen wurden, grauenvoll hervorragt. Unvergessen bleibt im deutschen Volke weiter die Erschießung Leo Schlageters.

Der erste Sonntag nach dem Einbruch der Franzosen, der 14. Januar war zum Nationaltrauertag erklärt worden. Trotz aller Gewalt und Bedrückung haben die Franzosen ihre letzten politischen Ziele damals nicht erreicht. Die separatistischen Gelüste eines Dorten und Matthes wurden zunichtegemacht. Deutschland war allerdings an den Rand des Abgrundes geführt worden, aber auch Frankreich mußte einlenken und hatte mit seiner Gewaltpolitik nichts weiter erreicht, als mit der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft die Grundlagen zu der Wirtschaftskrise zu legen, an der Europa, ja die ganze Welt heute noch krankt!

Poincaré hatte zwar seinem Lande durch den Ruhreinbruch zeitweilig gewisse Mehreinnahmen verschafft, doch wiegen diese materiellen Vorteile bei weitem nicht den gewaltigen Prestigeverlust auf, den Frankreich durch die brutale Vergewaltigung einer friedlichen Bevölkerung in der ganzen Welt erlitten hat. So hat der Zusammenprall zwischen dem französischen Imperialismus und dem in der Abwehrfront einmütig zusammengeschlossenen Deutschtum an Rhein und Ruhr letzten Endes zu einer großen moralischen Niederlage Frankreichs geführt.

Erfolgreicher war leider der heimtückische Anschlag, der gleichzeitig mit dem Ruhreinbruch auf deutsches Land im Osten des Reiches verübt worden ist. Das Memelgebiet, ein alter deutscher Landstrich, der uns wie so viele andere rein deutsche Gebiete durch das Versailler Friedensdiktat entrissen worden war, stand bis dahin unter der Oberherrschaft der alliierten Mächte, die durch zwei französische Bataillone das Land besetzt hielten. Unter dem Schutz dieser Bajonette verwaltete ein französischer Oberkommissar das Land, doch bestand von Anfang kein Zweifel darüber, daß das Memelgebiet über kurz oder lang den Litauern in die Hände gespielt werden sollte. Litauen wollte eine Kompensation für das von Polen besetzte Wilna und fand für diese Forderung in Paris ein willfähriges Ohr. Gleichzeitig mit dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet erfolgte der litauische Handstreich auf Memel. Mehrere hundert in Zivil gesteckte litauische Soldaten kamen plötzlich über die Grenze und besetzten widerstandslos das Land, ohne daß die ihnen weit überlegenen französischen Streitkräfte auch nur den geringsten Versuch machten, gegen die Eindringlinge vorzugehen. Im Gegenteil, die französische Regierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als den beiden französischen Bataillonen schleunigst den Abzugsbefehl zugehen zu lassen. So wurde das deutsche Memel sang- und klanglos der Willkür der Litauer überantwortet. Die Großmächte haben zwar später den Memelländern „volle Autonomie unter litauischer Souveränität" zugesichert, in Wirklichkeit hat diese Autonomie auf dem Papiere gestanden. Ein Jahrzehnt lang hat die memelländische Bevölkerung eine endlose Reihe von Demütigungen und Drangsalierungen durch ein volks- und kulturfremdes Regierungssystem über sich ergehen lassen müssen. Die Lage des Memelgebiets ist um so tragischer, als der Internationale Haager Gerichtshof durch seine weitherzige Auslegung des Memelstatuts den Litauern geradezu in die Hände arbeitet.

Zehn Jahre sind seit dem Ruhreinbruch der Franzosen und dem litauischen Handstreich auf Memel vergangen. Wir haben allen Grund, diese machtpolitischen Methoden nicht allzu rasch zu vergessen, denn noch einmal werden wir alle Kräfte Deutschlands anspannen müssen, um französische Machtgelüste zum Scheitern zu bringen, nämlich dann, wenn es um das endgültige Schicksal des Saargebiets geht. Aber auch damit ist der deutsche Freiheitskampf noch lange nicht beendet. Die Revision des Versailler Friedensvertrages ist unser Ziel, die restlose Rückgabe des geraubten Landes, unsere Forderung. Wir dürfen nicht eher rasten und ruhen, als bis alle deutschen Brüder an der Memel wie in der Nordmark, im Korridor und in Danzig wie in Eupen und Malmedy, in Ostpreußen wie in Oberschlesien wieder mit dem deutschen Mutterland vereint sind! Die Ostpreußen-Ausstellung, die soeben in Berlin eröffnet worden ist, soll uns eine Mahnung sein, daß die durch Versailles geschaffene Grenzziehung unhaltbar ist und so rasch wie möglich revidiert werden muß. Wie sich vor zehn Jahren die Ruhrbevölkerung einmütig zum passiven Widerstand zusammengefunden hat, muß das ganze deutsche Volk im Kampfe um seine Freiheit und sein Recht zusammenstehen. Wehe, wenn wir uns aus innerem Hader den großen nationalen Aufgaben nicht gewachsen zeigen!

---

oder gar rein utilitaristisches Handeln: Das Gesamtwohl und die Liebe zu Gott sind die beiden Pole, um die sein Leben kreist und denen er das seiner Pflegebefohlenen zuordnen möchte.

Mit einem Nichts an Erfahrung, aber einem Herzen voll Erbarmen ging Oberlin an seine Arbeit: Die Not der Menschen zwang ihn zum Handeln, die „Methode" kam ihm aus Not und Zeit, aber indem er sich in allen Nöten mit seinen Gemeindegliedern identifiziert, wird er aus der Gewalt der Liebe heraus einer der Ihren, um ihnen alles sein zu können. Belthusen.

Der Stand der deutschen Seerüstung,

wie er sich nach den vorhandenen und im Bau befindlichen Kriegsschiffen zu Beginn des neuen Jahres darstellt, wird in dem Januar-Heft des 36. Jahrgangs der „See", Zeitschrift des Deutschen Flottenvereins, Berlin W 35, ausführlich behandelt. Aus diesen Ausführungen geht mit erschreckender Deutlichkeit hervor, daß die deutsche Flotte bei weitem nicht einmal den Schiffsbestand besitzt, der ihr durch das Versailler Diktat und die Beschlüsse der Botschafterkonferenz zugestanden worden ist. Bei allen Schiffsgattungen (Panzerschiffen, Kreuzern, Torpedobooten) wird die erlaubte Zahl nicht erreicht. Ein großer Teil der vorhandenen Schiffe hat noch immer nicht im Rahmen der zugestandenen Altersgrenzen ersetzt werden können.— Aus dem weiteren Inhalt des neuen Heftes verdient noch der Aufsatz „Polens angeblicher Anspruch auf die Seeküste" hervorgehoben zu werden. Kapitän z. S. a. D. Martini weist hier an Hand von wirkungsvollen Zeichnungen nach, daß die polnischen Behauptungen vom geschichtlichen Anrecht auf Pommerellen und damit auf die Betätigung auf der Ostsee vor strenger wissenschaftl. Geschichtsforschung nicht bestehen können.

Papen in Berlin

Eineinhalbstündige Unterredung mit Schleicher. — Empfang durch Hindenburg erwartet.

Berlin, 10. Januar.

Reichskanzler von Schleicher hatte eine etwa eineinhalbstündige Unterredung mit dem früheren Reichskanzler von Papen. Man nimmt an, daß Herr von Papen im Verlaufe des heutigen Dienstags auch vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen werden wird. Ueber den Verlauf der Unterredung des Reichskanzlers von Schleicher mit Herrn von Papen wird amtlich mitgeteilt:

Der Reichskanzler empfing Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler am 4. Januar und die daran geknüpften irreführenden Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.

In politischen Kreisen legt man der Unterredung des Reichskanzlers mit Herrn von Papen verschiedentlich große Bedeutung bei, zumal von Papen in der vergangenen Woche außer mit Adolf Hitler auch noch mit den Wirtschaftsführern Dr. Springorum und Generaldirektor Dr. Boegeler eine eingehende Aussprache über die allgemeine Wirtschaftslage und die innenpolitische Situation gehabt hat. Weiter ist davon die Rede, daß Herr von Papen auch den Wirtschaftsführern gegenüber über seine Kölner Unterredungen mit Adolf Hitler Bericht erstattet habe. Am Schluß der Aussprache soll Herr von Papen alsdann gebeten worden sein, dem Reichskanzler von Schleicher die Wünsche der Industrie vorzutragen.

Auch sonst scheinen für die nächsten Tage neue politische Besprechungen bevorzustehen; so ist in Gerüchten von der Möglichkeit einer Unterredung des Reichskanzlers von Schleicher mit Adolf Hitler die Rede. Amtliche Mitteilungen über eine solche Besprechung liegen jedoch bisher nicht vor.

Der Zweck der politischen Beratungen, wie sie die letzten Tage kennzeichneten, ist offenbar der, klarzustellen, wie eine Auflösung des neuen Reichstages vermieden werden kann. Für den Fortgang dieser Fühlungnahme ist nun vor allem die Arbeitswiederaufnahme in den Reichstagsausschüssen von Bedeutung und weiter der in der nächsten Sitzung vom Aeltestenrat zu fassende Beschluß über die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung des Reichstags. Wichtig ist weiter der am heutigen Dienstag erfolgende Wiederzusammentritt des Haushaltsausschusses des Reichstags; Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk wird in dieser Sitzung die Finanzlage des Reiches darlegen, wobei es aber noch ungewiß ist, ob der Minister bereits Einzelheiten über den Haushaltsplan bekanntgeben wird.

Verschiedentlich wird mit einer neuen längeren Unterbrechung der Plenararbeiten des Reichstags nach der Januartagung gerechnet, sei es bis zum März oder gar bis zu den Sommermonaten. Ob die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird, wird sich jedoch erst übersehen lassen, wenn der Reichstag seine Plenarberatungen wieder aufgenommen hat.

*

Vertreter des Baugewerbes beim Arbeitsbeschaffungskommissar.

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, empfing die Vertreter aller Spitzenverbände des Baugewerbes zu einer ausführlichen Besprechung über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Im Zeichen des Aufstiegs

Der Reichsarbeitsminister über Arbeitsdienst und Jugendnotwerk.

Bielefeld, 10. Januar.

In einer Rede im westfälisch-lippischen Wirtschaftsbund über das Jugendnotwerk und den Freiwilligen Arbeitsdienst zeichnete Reichsarbeitsminister Dr. Syrup einleitend in knappen Strichen die allgemeine Lage auf dem Arbeitsmarkt, die ausschlaggebend bestimmt werde von der Tatsache, daß im Deutschen Reich sechs Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, die mit Frauen und Kindern zusammen annähernd 1/5 der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Der Minister betonte, daß wirkliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit nur aus der natürlichen Gesundung der Gesamtwirtschaft kommen könne, und wies darauf hin, daß sich jetzt deutliche Zeichen eines Abschlusses der Deflation mehrten. An diesem Gesamtbilde ändere auch das unvermeidliche Anwachsen der Arbeitslosenzahl während des Winters nichts. Entscheidend sei nur das Maß des Zuganges. Die beiden Wochen vor dem Jahresende hätten in früheren Jahren sehr große Zunahmen gebracht, 1930 400 000, 1931 320 000 Köpfe. Der Redner erwarte, daß der Auslauf des Jahres 1932 nur etwa die Hälfte dieser Zunahme bringen werde. Man dürfe also hoffen, daß das Jahr 1933 endlich den ersehnten Aufstieg bringen werde.

Dieser Aufstieg werde nur Schritt für Schritt errungen werden, und seine Mühseligkeit zwinge dazu, nichts unversucht zu lassen, um die seelische, moralische und wirtschaftliche Not der Jugend zu mildern, wozu, wie der Redner mit Nachdruck betonte, der Freiwillige Arbeitsdienst geeignet sei.

Die volkerzieherische Aufgabe des Freiwilligen Arbeitsdienstes liege im wesentlichen bei der arbeitsdienstwilligen Jugend selbst. Auf diesem Wege gelinge es, wie Erfahrungen bewiesen, Gegensätze unter der Jugend zu lösen, gegenseitiges Verständnis zu erleichtern und die volkspolitische Erziehung der Jugend aus eigenem Wollen — über parteipolitische und weltanschauliche Bindungen hinweg — in die rchtigen Bahnen zu lenken. Der Freiwillige Arbeitsdienst müsse aber trotz seiner äußeren zahlenmäßigen Erfolge innerlich noch geraume Zeit um seine beste Form und sinnvolle Gestaltung ringen.

Die Reichsregierung, erklärte der Minister weiter, sei von der Notwendigkeit zu siedeln, überzeugt, und geeignete Arbeitsdienstwillige würden auch die gebührende Berücksichtigung finden. Siedlungsmöglichkeiten würden aber nur in begrenztem Umfange Hilfe schaffen können. Aus dem Gedanken der Selbsthilfe sei das Notwerk der deutschen Jugend entstanden. Das Notwerk solle die öffentliche und die freie Hilfsarbeit für die arbeitslose Jugend zusammenfassen und durch Reichsmittel fördern. Zuschüsse dieser Art seien an die Voraussetzung geknüpft, daß junge Arbeitslose außer zu gemeinsamer Mahlzeit durchschnittlich mindestens vier Stunden am Tage zusammengehalten werden, wovon zwei Stunden der beruflichen Fortbildung, die übrigen sportlicher und geistiger Bildung gewidmet sein sollen.

Die für diesen Winter vom Reich bereitgestellten Mittel genügten, um 500 000 junge Leute in der gedachten Weise laufend zu unterstützen. „Aus dem Widerhall", schloß der Reichsarbeitsminister seine Ausführungen, „den der Entschluß der Reichsregierung in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden hat, habe ich den Eindruck gewonnen, daß der Weg, der mit dem Notwerk der deutschen Jugend zum ersten Male eingeschlagen ist, allgemein gebilligt wird. Dabei darf es aber nicht bleiben. Nur tatkräftige Mitarbeit und opferwillige Unterstützung aller Volksschichten, insbesondere auch der Wirtschaft und ihrer Führer, verbürgen den Erfolg."

Subventionierung von Zeitungen

Eine Denkschrift der Oberrechnungskammer.

Berlin, 10. Januar.

Nach einer Denkschrift der Oberrechnungskammer über die Prüfung der preußischen Staatshaushaltsrechnungen für das Rechnungsjahr 1930, die das preußische Staatsministerium dem Landtag zur Kenntnisnahme zugeleitet hat, sind im Rechnungsjahr 1929 insgesamt 730 000 RM auf ministerielle Anordnung an den Pressereferenten im Finanzministerium „zur Beseitigung eines außerordentlichen Notstandes" gezahlt und von diesem an die mit staatlichen Mitteln begründete „Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H." (im folgenden kurz ZVG. genannt) weitergeleitet worden.

Von Beginn ihrer Tätigkeit — am 1. April 1929 — an verwendete die ZVG., die auch die Aktiven und Passiven eines anderen, ähnlichen Zwecken dienenden Verlages übernommen hatte, ihre Mittel im Geschäftsjahre vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1929 zunächst zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei-AG., beim Generalanzeiger Verlags-G.m.b.H. in Osterode, beim Stolper Generalanzeiger G.m.b.H. in Stolp und bei der Dr. Rudolf Dammert G.m.b.H. in Berlin. Ferner wurden Kredite gegeben an die erwähnte Kölner Verlagsanstalt, an die Kösliner Neuesten Nachrichten, an Mirbachs Telegraphenbüro, an die Zeitung für Morgen in Berlin, an die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft in Berlin, an den Presseverlag Dr. Dammert G.m.b.H. in Berlin sowie an die erwähnten Generalanzeiger in Osterode und Stolp. Die Aufwendungen für diese Zwecke betragen insgesamt 1 139 013 RM.

Auch im nächsten Geschäftsjahre — Kalenderjahr 1930 — wurden, nach Ueberweisung weiterer Mittel unter der Bezeichnung „zur Pflege und Förderung kultureller Belange in den Grenzgebieten", u. a. zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und der Kieler Zeitung sowie zu Kreditgaben an die Kölner Verlagsanstalt, die Kösliner Neuesten Nachrichten, die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft, den Presseverlag Dammert, die Generalanzeiger von Osterode und Stolp und an den Ostpreußendruck G.m.b.H. in Königsberg insgesamt 847 103 RM verausgabt.

Ein „außerordentlicher Notstand", zu dessen Beseitigung diese hohen Staatsmittel aufgewendet werden mußten, ist von der Staatsregierung darin erblickt worden, daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existierten, die die nationale Politik im Sinne der Staatsregierung stützten.

Die Oberrechnungskammer hält die Verrechnung der genannten Mittel bei den angegebenen Haushaltsstellen nicht für zulässig und bringt dies in einer Bemerkung zur Kenntnis des Landtages. Im übrigen sind, wie bei der Prüfung weiter festgestellt worden ist, die für die Verwaltung der ZVG. entstandenen Kosten mit 162 747 RM für die Zeit vom 1. April 1929 bis 31. Dezember 1930 außerordentlich hoch gewesen. Zum Beispiel sind an den Geschäftsführer der ZVG., deren Personal insgesamt nur aus drei Personen bestand, neben hohen Tagegeldern bei Dienstreisen 18 000 RM Gehalt, über 4000 RM Dienstaufwandsentschädigung und 2000 RM Urlaubsvergütung sowie an den Buchhalter 10 000 RM und 1000 RM Urlaubsvergütung jährlich gezahlt worden. Die Beteiligungen sind in den Jahren 1930 bis 1932 veräußert worden.

Außerdem hat der Finanzminister kürzlich die Auflösung der ZVG. angeordnet, die auch von der Oberrechnungskammer vor längerer Zeit angeregt worden war. Die völlige Abwicklung der Darlehen der ZVG. ist der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft übertragen worden. Daß der größte Teil der vom Staate als Darlehen oder Beteiligungen gewährten Geldmittel verloren ist, steht schon jetzt fest.

Falsche Gerüchte über Hindenburgs Gesundheitszustand. In Richtigstellung auswärtiger Meldungen wird von zuständiger Stelle betont, daß der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten von Hindenburg unverändert gut ist. Der Reichspräsident sei durchaus gesund und frisch und halte seine regelmäßigen Empfänge ab.

Sachverständigentagung in Genf

Der Vorbereitende Sachverständigenausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz trat in Genf zu seiner zweiten abschließenden Tagung zusammen, nachdem die auf der ersten Tagung im November fertiggestellten Berichte inzwischen von den beteiligten Regierungen geprüft worden sind.

Die neuen Beratungen, die wiederum vertraulich geführt werden, wurden mit einem einleitenden Exposé des Kommissionsvorsitzenden Trip (Holland) eröffnet, worauf ein amerikanischer Vertreter betonte, daß auch die Wirtschaftsfragen mit politischem Einschlag in den jetzigen Kommissionsverhandlungen zur Aussprache gebracht werden sollen. Diese Erklärung bestätigt somit eine frühere Erklärung von Norman Davis, die jedoch so aufzufassen war, daß die eigentliche Kriegsschuldenfrage nach amerikanischer Auffassung nicht zur Kompetenz der Kommission gehöre. Da eine Reihe neuer Memoranden vorliegt, darunter ein deutsches über verschiedene handelspolitische Fragen, wird die Kommission zunächst eine allgemeine Aussprache führen und sich dann wieder in ihre beiden Unterausschüsse für Wirtschaftsfragen und Finanzfragen teilen.

Deutsche Sachverständige sind wiederum Ministerialdirektor Posse für die Wirtschaftsfragen und Reichsbankdirektor Vocke für die Finanzfragen. Neu nimmt an den Verhandlungen ein chinesischer Beobachter, Minister Lo, teil.

Aufstand in Spanien

Zahlreiche Tote in Barcelona. — Feuergefecht in Madrid. — Die Regierung Herr der Lage.

Madrid, 10. Januar.

In Spanien ist es erneut zu schweren Unruhen gekommen, bei denen zahlreiche Personen ihr Leben einbüßten. Ihren Ausgang nahm die Aufstandsbewegung in Barcelona, wo in nächtlicher Stunde fast an allen Stellen der Stadt und auch im Weichbilde von Anarchisten Bombenanschläge verübt wurden. Ueberall kam es zu Schießereien mit der Polizei.

Die Anarchisten versuchten u. a., sich des Zentralbahnhofs der Eisenbahngesellschaft Madrid—Saragossa—Alicante mit Waffengewalt zu bemächtigen, wurden aber von der Schutzwache zurückgeschlagen. Ebenso mißlang ihnen der Sturm auf eine Artilleriekaserne. Auch der Versuch, das Polizeipräsidium in die Luft zu sprengen, scheiterte. Aller Wahrscheinlichkeit nach war auch ein Anschlag auf den Justizpalast geplant; im Innern des Justizpalastes wurden zwei Personen, die Bomben mit sich führten und angeblich den Gerichtspräsidenten ums Leben bringen wollten, festgenommen.

Die Zahl der Festgenommenen ist bedeutend. Mehrere der verhafteten Anarchisten hatten beträchtliche Geldsummen bei sich. Die Behörden wollen daraus den Schluß ziehen, daß die anarchistische Bewegung von monarchistischen Elementen unterstützt wird.

In Barcelona sind nach den letzten Nachrichten acht Personen ums Leben gekommen; zwanzig Personen wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Unter den Verhafteten befindet sich der bekannte Anarchist Garcia Olivier. Die Polizei hält die Bewegung für endgültig gescheitert.

In Madrid, wo man starke polizeiliche Sicherungsmaßnahmen getroffen hatte, versuchte eine Gruppe radikal Gesinnter, eine Kaserne zu stürmen. Es kam zu einem Feuergefecht, bei dem einer der Angreifer verletzt wurde.

In Lerida sind die Aufständischen in die Infanteriekaserne eingedrungen, wurden aber nach kurzem Feuergefecht, in dem vier Personen getötet wurden, zurückgeschlagen. Auch ein Sturm auf das Schloß wurde erfolgreich abgeschlagen. Die Anarchisten büßten zwei Mann ein. Zu kleineren Unruhen kam es in Oviedo, Saragossa, Tarrasa und Valls.

Im Dorfe Ripollet proklamierten Anarchisten den „Freiheitskommunismus".

Sie begannen die Gendarmerie zu entwaffnen, drangen in das Rathaus ein, bemächtigten sich der Archive und hißten die anarchistische Flagge rotschwarz. Die Behörden entsandten Gendarmerieverstärkung. Es kam zu einer Schießerei, dabei wurde ein Aufständischer getötet und ein zweiter schwer verletzt. Auch ein Gendarm wurde verletzt. Schließlich flüchteten die Anarchisten unter Zurücklassung von zwei Fahnen und elf Gewehren. Drei Aufständische wurden verhaftet.

Evangelischer Studentenring Leipzig.

Der Evangelische Studentenring an den Hochschulen zu Leipzig hat es sich zur Aufgabe gemacht,

1. das Evangelium durch regelmäßige liturgische Vespern, Abendmahlsfeiern und Morgenandachten an alle Kreise der Studenten heranzubringen;

2. er will die Studenten durch diese Veranstaltungen zu einer bewußt kirchlichen Gemeinde zusammenschließen;

3. Durch Diskussions- und Vortragsabende bemüht sich der Evang. Studentenring, bei Studenten und Altakademikern den Sinn für Gegenwartsfragen und Aufgaben des Protestantismus wachzuhalten.

Von diesem kurz umrissenen Aufgabenkreis aus veranstaltet der Evang. Studentenring zum 1. Male seit seinem neunjährigen Bestehen eine „Evangelische Woche" (16. bis 22. Januar 1933). Nicht nur an Studenten wendet sich der Ruf dieser „Evangelischen Woche", sondern in weitem Maße an die sich der Gemeinde bewußten evangelischen Christen.

Montag, 19,30 Uhr: Hörsaal 36 der Universität, Dr. theol. Krimm-Wien: Die katholische Frage vor der evangelischen Kirche.

Dienstag, 20,15 Uhr: Hörsaal 36 der Universität, Dr. theol. Krimm-Wien: Messe und Gottesdienst.

Mittwoch, 19,30 Uhr: Hörsal 36 der Universität, Prof. D. Sommerlath-Leipzig, Dekan der theol. Fakultät: Die Kirche als Leib Christi.

Donnerstag, 19,30 Uhr: Hörsaal 40 der Universität, Prof. D. Sommerlath-Leipzig, Dekan der theol. Fakultät: Die Lebendigkeit der Kirche.

Freitag, 19,30 Uhr: Hörsaal 36 der Universität, Dr. med. Happich-Darmstadt, Chefarzt am Diakonissenhaus: Protestantische Stellungnahme zu den Ehefragen.

Sonnabend, 20,15 Uhr: **Großer Saal des evang. Hospizes, Roßstraße** 14. Prof. D. Hupfeld-Heidelberg: Christentum und Politik in kathol. und protestantischer Beleuchtung.

Sonntag, 9,30 Uhr: Festgottesdienst in der Univ.-Kirche St. Pauli. Predigt: Prof. D. Hupfeld-Heidelberg, Heiliges Abendmahl: Prof. D. Sommerlath, musikal. Leitung: Kirchenmusikdirektor Koch.

Bethel.

Herr **Karl Bieringer**, Dachdeckermeister a. D., vollendet heute, am Mittwoch, den 11. Januar 1933, sein 75. Lebensjahr. Es ist ihm immer ein stiller, froher Arbeitswille und eine kernfeste Gesundheit geschenkt gewesen. Noch vor wenigen Jahren sah man den fleißigen Mann auf den luftigen Dächern der Anstaltshäuser seinem Beruf nachgehen. Mit Dank gegen Gott, aus dessen Hand er alles nahm, was ihm in seinem langen Leben an Freude und an Leid begegnete, wird er auch den heutigen Tag begehen. Ein herzlicher Segenswunsch soll ihm auch von dieser Stelle aus entgegenklingen.

— **Christlicher Verein junger Männer.** Heute, Dienstag, 8¼ Uhr Mitgliederversammlung in Gosen. Auch Ablieferung der „Tole"-Beiträge.

— **Frauenhilfe. Mittwoch,** den 11. Januar 1933 nachmittags ½4 Uhr im Assapheum. E. Brandt.

— **Kirchenchor.** Am kommenden Donnerstag — 12. 1. — abends 8¼ Uhr beginnen die regelmäßigen Uebungsstunden wieder. Geübt wird das Requiem von Mozart. Posaunenbuch I. Teil mitzubringen.

— Voranzeige! Filmvorführung am Mittwoch, den 18. Januar. 1. Der Jugendherbergsfilm: „Wann schreiten Seit' an Seit.' . . ." — 2. „Der schwarze Kontinent, wie ihn der Vogel sieht." (Im Flugzeug von den Pyramiden zum Kap.)

Anzeigen aus Bethel.

— Freundl. möbliertes Zimmer mit Morgenkaffe für 20 Mark sofort zu vermieten. Näheres Telefonamt.

Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir im Namen aller Hinterbliebenen unseren herzlichsten Dank.

Familie August Groß.

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten
Aluminium-Geschirre
für Küche und Tisch
Sowie die bei uns selbst angefertigten
Korbwaren, Sessel und Tische
Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD · TELEFON No 1306

An das
Hasliberghaus Goldern
Evang. Erholungsheim im Berner Oberland (Hausvater Dr. R. Burckhardt, Pfr.), schreibe um illustr. Prospekt, wer im Winter in herrl. Hochgebirgswelt der Ruhe pflegen, in reiner Luft und heilkräftiger Sonne eine Genesungskur machen will, wer seine Erholg. in freundl. Hausgemeinschaft sucht, wer eine Tochter unter mütterl. Pflege und Anleitg. in d. Hauswirtsch., bes. in sorgf. Küche ausbilden und an Leib und Seele erstarken lassen möchte. Notzeitlich bescheidene Preise.

Der Einzelne und seine Kirche
Ein Wort zur Besinnung.
Von P. H. Wilm . . . 5 Pfg.
Schriftenniederlage der Anstalt Bethel bei Bielefeld
Postscheckkonto Hannover Nr. 49657.

Christl. Damenheim
Lindhorst (Sch.-Lippe)
bietet von 2,25 Mark täglich an gemütlichen Daueraufenthalt.

Photohaus
Baumann
Goldstraße 3
liefert alle
Amateurarbeiten

Hospize und Heime.

Sachsen

Leipzig. Christl. Hospiz, Roßstraße 14. Bes.: Verein für Inn. Mission. Straßenbahn 2 und 16. Fernruf 16260 und 20791. Preis pro Bett 2,75 bis 4,50 Mk. einschl. Steuern.

Leipzig. Christl. Hospiz Wittenberger-Hof, Czermaksorten 10 (5 Min. v. Hauptbahnhof, linker Ausgang). Ruhigste Lage. 30 Zimmer. Elektr. Licht. Zentralh., Bäder. 48 Betten von 2,25 bis 3,25 Mk. einschl. Bed.

Brandenburg

Hospiz Bodelschwingh-Haus, Brandenburg-Havel, Kirchhofstr. 14. 5 Min. vom Reichsbahnhof. Zimmer von 2 RM. an mit fließendem kalten und warmen Wasser. Mittag- und Abendtisch. Zentralheizung. Bad. Der „Aufwärts" liegt hier auf.

Westdeutschland

Haus Patmos Geisweid bei Siegen. Strecke Hagen-Siegen. Perle d. Siegerlandes. Angenehmer Erholungsaufenthalt. Sonnen-, Luft- u. Felke-lehmkuren. Leibes- u. Atemübungen. Fleisch-, vegetarische u. Rohkost. Täglich Andacht. Preis 3,—; 3,50; 4,— u. 4,50 Mk. Man verlange Prospekt.

Christl. Hospiz Bielefeld (Pertheshaus), Bünderstr. 21, Tel. 5800, 8 Min. vom Hauptbahnhof. Vollständig neu eingerichtet, ruhige Lage mitten im Garten, elektrisches Licht, Zentralheizung, Bäder, Schreib- und Lesezimmer, Sitzungszimmer. Zimmer zum Preise v. 2,— Mk. und 3,— Mk., Doppelzimmer 4,— Mk. Autounterstand.

Bochum. Christl. Hospiz, Humboldstr. 61, am Hauptbahnhof. 56 Zimmer von 2—3 Mk. 1 Bett, 2 Betten das Doppelte. Zentralheizung.

Hohegrethe bei Aue an der Steg. Christl. Erholungsheim. Schöner Landaufenthalt bei gut. Verpflegung. Täglich Hausandacht. 60 Zimmer mit 60 Betten.

Münster i. W., Christl. Hospiz, Sternstraße 8, Fernruf 1242. 8 Min. vom Bahnhof. Ruhige Lage. 10 Zimmer 12 Betten von 2—3 Mk.

Bielefeld. Christl. Hospiz, Telef. 2391. Bahnhofstraße 30. Einzelzimmer 2—3 Mk., Doppelzimmer 4—6 Mk. Gute Speisen und Getränke. Auto-Unterstand.

Zur Aufnahme **Alkoholkranker** empfiehlt sich das **Haus Bethesda, Lintorf,** Bez. Düsseldorf. Mäßige Preise.

Bad Homburg v. d. Höhe. Christliches Hospiz Quellenhof, Kaiser-Friedrich-Promenade 91. Schönste Lage am Kurpark. Kurgemäße Verpflegung. Mäß. Preise. Das ganze Jahr geöffn.

Christliches Erholungsheim „Pniel", Bad Oeynhausen, Weststr. 15, Part., 1. und 2. Etg. 18 **gut eingerichtete Zimmer.** Abendandachten. Nächste Nähe des Kurparks und der Bäder. Mittlere Preise. Das ganze Jahr geöffnet. Zentralheizung.

Mitteldeutschland

Bad Nauheim. Villa Wilhelma, Bes. Förster-Ostermeyer, Frankfurter Str. 33. Schöne geräumige Zimmer mit voller Verpflegung in nächster Nähe der Bäder, Kurpark und Bahnhof. Zimmer m. voller, guter Verpflegung u. einschl. gewissenhafter Bedienung (keine Proz.) 6 RM je Tag u. Person

Die **Heilstätte „Elim" bei Herford** nimmt Alkoholkranke aller Stände in gewissenhafte Pflege.

Waldeck

Luftkurort Kohlgrund in Waldeck, Arolsen-Land, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (4 Mahlzeiten). Freundl. Schlaf- u. Aufenthaltsräume. 5½ Morg. groß., sonnenseitiger, in Terrassen angel. Garten mit Spiel- u. Ruheplätzen. Liegestühle. Landwirtschaft. Pensionspreis ohne jeglichen Zuschlag tägl. 3,— Mk. Prospekt zu Diensten. Bahnstation Marsberg, Strecke Hagen - Kassel. Christl. Erholungsheim M. Dönges.

Christliches Erholungsheim „Tabor", Sachsenberg in Waldeck. Schöne, stille Lage, direkt am Walde, gute Verpflegung, 4 Mahlzeiten, elektr. Licht und Bad im Hause; sonnige gedeckte Liegehalle. — Pensionspreis 3,50 Mark. Täglich Andachten. — Für alleinstehende Damen und ältere Ehepaare auch als Dauerheim geeignet. — Pensionspreis monatlich Mk. 80.— bis Mk. 90.—.
Aenne Müller.

Süddeutschland

Darmstadt. Evang. Hospiz „Marthahaus", Stiftstr. 14. Einzelzimmer mit Frühstück einschl. Bedienung 2,50 Mark. Elektr. Linie 5 oder 6 bis Stiftstraße.

Christl. Hospiz Holländerhof, Heidelberg, Neckarstaden 22. Haltestelle der Straßenbahn Linie 1 Kettengasse. Ruhige Lage an der alten Neckarbrücke mit freier Aussicht auf Neckar und Gebirge. Zentralheizung, Bäder, fließendes Wasser, 30 Z., 47 B., von 2,50 bis 5,—.

Heidelberg, Christliches Hospiz Wartburg (früh. Blau-Kreuz-Hotel), Schiffgasse 2, am Neckar gelegen mit schöner Aussicht auf das Gebirge. Zimmer mit fließend. Wasser, Zentralheizung, Bad, elektr. Licht, Fernruf 755. 40 Betten von 2,— bis 4,— Mk. Vorsaison Ermäßigung.
Besitzer: August Kühn.

Alkoholkranke! Wo finden dieselben Aufnahme und gewissenhafte, individuelle Behandlung und Pflege? Im **Haus Burgwald, „Heilstätte Eberstadt b. Darmstadt.**

Stuttgart, Hospiz „Herzog Christoph". Ruhige Lage inmitten der Stadt. 60 Zimmer, 75 Betten v. Mk. 2.50 an. Fließendes Kalt- und Warmwasser. Bäder. Personenaufzug. Schöne Gesellschafts- und Aufenthaltsräume. Bekannt gute Gaststätte.
Direktor W. Leuze.

Ostsee

Binz, Rügen. Quissana, seit 1890 christl. Haus in sehr ruhiger geschützter Lage, unmittelbar am Strande und Wald, Tennisplätzen und Landungsbrücke. Sehr gute Verpflegung, auch Diätkost. Volle Pension von 6.— Mk. an, Familien b. läng. Aufenth. Ermäßigung. Prospekt auf Wunsch. Fernspr. 354.
J. v. Koerber, B. Reichenau.

Schwarzwald

Kurhaus u. Bibelheim Murgtalperle 600—900 m, Schwarzenberg b. Freudenstadt, Post Schönmünzach, Tel. 31. Hochschwarzwald, sonnige Südlage, bietet Ruhe, heilt Herz und Nerven. Fließ. Wasser, Zentralheiz. 3,50 und 4,— Mark. Dauergäste Ermäßigung. Ill. Prospekt.

Baden-Baden. Erholungsuchende finden in dem von Diakonissen geleiteten **Haus Salem** Leopoldstr. 19, direkt am Walde und ruhige Lage freundliche Aufnahme. Das ganze Jahr geöffnet. Pensionspreis von 5,50 Mk. an.

Bad Dürrheim (Schwarzwald), höchstgelegenes Solbad Europas. **Christliches Erholungsheim „Haus Hecht".** Neuzeitlich eingerichtetes Neuhaus für spezielle Winterkuren, Solbad im Hause. Zentralheizung in allen Räumen. Fließendes warmes und kaltes Wasser in allen Zimmern. Die ganze Südfront mit großen Liegeterrassen versehen. Gute und reichliche Verpflegung bei 5 Mahlzeiten. Diätküche. Staubfreie ruhige Lage. Mäßige Preise. Telefon Nr. 236.

Freiburg i. Breisgau. Hotel zum Pfauen (Christl. Hospiz). 3 Minuten links vom Bahnhof, Friedrichstr. 16.

Harz

Evangel. Erholungsheim „Haus Hagental", Gernrode (Harz), mitten in schönster Harzlage. Große, freundliche und gut eingerichtete Zimmer. Billige Preise. Volle Pension von 4.50 Mk. an. Prospekte durch die Leitung.

Schweiz

Luzern (Schweiz), Johanniterhof (Vierwaldstättersee, Christliches Hospiz, Sempacherstr. 46, 5 Min. von Bahn und Schiff. Mäßige Preise. Kein Trinkzwang. Trinkgeldberechnung. Restaurant.

Pfarrer G. v. Bodelschwingh schreibt über das Buch **Am Sterbelager der evgl. Landeskirche** unter anderem: Seit Jahren hat noch kein Buch so erschüttert wie dieses.

Verlag Evangelische Buchhandlung Hermann Mattenklodt, Bielefeld
Postscheckt. 49789 Hannover. Preis M 1.0 franko